

Karl H. Lindmayer

Geldanlage und Steuer 2008

Karl H. Lindmayer

Geldanlage und Steuer 2008

unter Mitwirkung von
Hans-Ulrich Dietz



Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Redaktionsschluss: 30. September 2007

Alle Rechte vorbehalten

© Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Guido Notthoff

Der Gabler Verlag ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.

www.gabler.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: Ulrike Weigel, www.CorporateDesignGroup.de

Satz: Fotosatz Huhn, Maintal

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Wilhelm & Adam, Heusenstamm

GEDRUCKT AUF SÄUREFREIEM UND CHLORFREI BLEICHTEM PAPIER

Printed in Germany

ISBN 978-3-8349-0691-5



Ihr Autor:
Karl H. Lindmayer, Publizist,
Finanzexperte und Betriebswirt, international
erfahrener Management- und Vertriebstrainer,
Bestsellerautor im Finanzbereich

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit diesem Buch habe ich es mir zur ständigen Aufgabe gemacht, Ihnen die für Sie steueroptimale Anlageform zu finden und die vielfältigen Anlagemöglichkeiten und Finanzprodukte anlegergerecht aufzubereiten.

Während die USA als größte Volkswirtschaft der Erde mit einem Leistungsbilanzdefizit von etwa 900 Milliarden US-Dollar, das fast sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, beim Ausland hoch verschuldet ist, nimmt die Bedeutung der Schwellenländer für die weltwirtschaftliche Entwicklung ständig zu. So wird nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds China als viertgrößte Volkswirtschaft der Erde bis 2008 erstmals den größten Wachstumsimpuls für die Welt leisten. Zum Vergleich: Im Jahre 2008 wird das Bruttoinlandsprodukts in den USA um voraussichtlich zwei Prozent steigen, in China dagegen um elf bis zwölf Prozent.

Dabei ist für Investoren in Schwellenländern wichtig, dass die in den vergangenen Jahren erheblich angewachsenen Währungsreserven einen stabilisierenden Puffer darstellen, wodurch diese Länder deutlich weniger anfällig sind für Krisensituationen und damit für Kursverwerfungen an den Finanzmärkten als noch vor zehn Jahren. Dabei ändert auch das kurzfristige Beben an Chinas Börsen im Juni 2007 mit einem Rückgang um 15 Prozent wenig. Denn nach einem seit Anfang 2006 um 270 Prozent gestiegenen Markt sind solche Kurskorrekturen allenfalls Peanuts.

Die aus den USA nach Europa übergeschwappte Kreditkrise ist nach Meinung der EZB noch nicht ausgestanden. Sie sieht weiterhin als Schwachstellen neben mangelnder Transparenz im Kreditmarkt die Bewertung strukturierter Produkte und die Rolle der Ratingagenturen. Doch die Krise hat auch ihre erfreulichen Seiten: So haben sich die kurzfristigen Geldmarktzinsen mit Tagesgeldsätzen von in der Spitze bis zu 4,5 Prozent kräftig erhöht und liegen damit etwa auf dem Niveau der günstigsten Baugeldkonditionen!

Gleichzeitig wird die Freude an hohen Geldmarktzinsen getrübt durch die nach Jahren der Stabilität erstmals mit über drei Prozent deutlich gestiegene Inflationsrate, getrieben vor allem von den Energie- und Rohstoffpreisen, besonders dem Öl sowie steigenden Lebenshaltungskosten, besonders der Lebensmittelpreise.

Das zentrale steuerliche Ereignis mit Auswirkungen für die nächsten Jahre ist die Unternehmensteuerreform 2008 mit der Einführung der Abgeltungsteuer ab 2009. Dabei werden grundsätzlich alle Wertzuwächse aus Kapitalanlagen – außer Immobilien –, wie Zinsen, Dividenden oder Veräußerungsgewinne, einer 25-prozentigen Abgeltungsteuer unterworfen. Hinzu kommt noch der Solidaritätszuschlag und soweit zutreffend die Kirchensteuer, sodass in der Spitze 27,82 oder 28 Prozent abgezogen werden. Begünstigt werden dabei Anleihen und die Kapitallebensversicherung; benachteiligt die Besitzer von Aktien und Investmentfondsanteilen. Doch mit Ausnahme von Zertifikaten besteht für alle bis 2008 angeschafften Anlagen Bestandsschutz! Sie können also in Ruhe disponieren. Dabei helfen Ihnen die vielfältigen Infos und Tipps in diesem Buch und der Sonderbeitrag zur Abgeltungsteuer.

Die Sicherung und der systematische Ausbau des Ersparnis ist Thema von Kapitel 1. Dort geht es auch um die langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung – auch zur Altersvorsorge.

In den Kapiteln 2 und 3 finden Sie vielfältige Infos und Steuertipps.

Das vierte Kapitel „Immobilien“ einschließlich Auslandsinvestments, wurde von Reiner Gayer überarbeitet, aktualisiert und beinhaltet auch den Aspekt der „Immobilien als Altersvorsorge“. Während die Nachfrage im Immobilienmarkt im Bereich vom Eigenheimbau, besonders durch Abschaffung der Eigenheimzulage bei Eigennutzung und im Mietwohnungsbau wegen Renditerückgang stagniert, haben ausländische (Groß-)Investoren den deutschen Markt entdeckt. Auch die amerikanische Immobilienkrise zeigt Wirkung: Finanzierungsmittel werden rar und die Preise der Immobilienfonds gaben nach.

In Kapitel 5 „Investmentfonds“ werden neben vielfältigen Aktualisierungen vor allem neuere Anlagemöglichkeiten und -formen, auch vor dem Hintergrund der Abgeltungsteuer 2009, näher betrachtet.

In Kapitel 6 „Versicherungen“ werden für den Anleger die Konsequenzen der Umsetzung der EU-Richtlinien, der MiFID und der Abgeltungsteuer berücksichtigt.

Kapitel 7 „Termingeschäfte: Optionen, Futures und Co.“, seit Jahren betreut von Michael Lex, zeigt, wie auch private Investoren von Termingeschäften profitieren können, wenn sie die Tücken des Geschäfts kennen würden.

In Kapitel 8 „Steuergrundwissen für Kapitalanleger“ und Kapitel 9 „Möglichkeiten zur Senkung der persönlichen Steuerschuld“ hat wieder Frank Heppekausen bei der umfassenden Aktualisierung mitgewirkt. Hans-Ulrich Dietz, Inhaber des Expertensiegels „brain-Guide 2004“ hat wiederum beim Buch, besonders beim elektronischen Zusatzangebot unter www.gabler-steuern.de und bei den Sonderthemen umfassend und kompetent mitgewirkt.

In den Kapiteln 10 und 11 finden Sie praktische Hinweise und Übersichten, die Ihnen helfen, Ihre eigene Finanzplanung zu managen.

Im Internet, unter www.gabler-steuern.de finden Sie, wie in den Vorjahren auf CD-ROM, erweiterte Anwendungsmöglichkeiten. Dazu zählen Berechnungsmöglichkeiten und Checklisten für Ihre persönliche Vermögens- und Steuerberechnung oder Depotverwaltung, die Einkommensteuertarife sowie wichtige aktuelle steuerliche Normen. Ein Servicemodul mit Steuerformularen, allen DBAs sowie den wichtigsten aktuellen Gesetzestexten und Vordrucken steht Ihnen nutzerfreundlich im pdf-Format zur Verfügung.

Ich empfehle, Ihre persönlichen Anlagewünsche mit dem Finanz- oder Vermögensberater Ihres Vertrauens abzustimmen. Bei weiter gehenden Fragen ist ein steuerlicher und recht-

licher Berater unerlässlich. Übrigens können Sie auch – ganz ohne Berechnung – den Finanzbeamten zu konkreten Sachverhalten fragen: Er ist in gewissem Umfang zur Auskunft verpflichtet.

Der steuerliche Sachstand ist bis Redaktionsschluss berücksichtigt. Alle Aussagen erfolgen nach bestem Wissen. Eine Haftung können wir nicht übernehmen.

Ein besonderes Dankeschön für die wertvolle und konstruktive Mitarbeit an diesem Buch geht an Hans-Ulrich Dietz, Reiner Gayer, Frank Heppekausen, Michael Lex, Heinz-Josef Nüssgens, sowie an meinen Lektor, Guido Notthoff.

Karlsruhe, im September 2007

Karl H. Lindmayer

Inhaltsübersicht für den schnellen Zugriff

1	Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung	1
2	Kurz- und mittelfristige Anlagen am Geldmarkt	59
3	Anlagen am Kapitalmarkt	91
4	Investitionen in Immobilien	139
4.8	Sonderthema: REITs und Steuern	192
5	Anlagen in Investmentfonds	197
6	Versicherungen und deren steuerliche Betrachtung	219
7	Termingeschäfte: Optionen, Futures und Co.	231
8	Steuergrundwissen für Kapitalanleger	263
8.16	Was haben Privatanleger von der Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne zu erwarten?	418
9	Möglichkeiten zur Senkung der persönlichen Steuerschuld	423
10	Checklisten	457
11	Zum genauen (Nach-)Rechnen: Zinsformeln und Effektivverzinsung	467

Inhalt

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
1. Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung	1
1.1 Was vor der Anlageentscheidung wichtig ist	1
1.1.1 Das magische Viereck der Kapitalanlage	1
1.1.2 Zinsen und Rendite	5
1.1.2.1 Zinsen berechnen mit der Zinseszinstafel	8
1.1.2.2 Kapitalaufbau mit einer Einmalanlage	9
1.1.2.3 Kapitalaufbau mit regelmäßiger monatlicher Anlage	9
1.1.2.4 Kapitalnutzung bei Einmalanlage mit Kapitalverzehr	12
1.1.2.5 Kapitalnutzung bei Einmalanlage ohne Kapitalverzehr	13
1.1.3 Persönliche und anlagebezogene Kriterien bei der Auswahl der Geldanlage	13
1.1.4 Faustregeln für eine ausgewogene Kapitalanlage	15
1.1.5 Gewichtung der Anlagen: die Anlagepyramide	16
1.1.6 Vermögen ergebnisorientiert strukturieren	17
1.2 Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung . .	20
1.2.1 Strategien zum Vermögensaufbau	20
1.2.1.1 Die persönliche Vermögensbilanz	21
1.2.1.2 Die Anlageziele	22
1.2.1.2.1 Anlagebezogene Kriterien der Vermögensanlage	22
1.2.1.2.2 Persönliche Kriterien der Vermögensanlage	23
1.2.1.3 Die optimale Vermögensaufteilung	24
1.2.1.4 Eigenes Vermögensmanagement oder professionelle Vermögensverwaltung?	24
1.2.1.5 Vermögenserhaltung und -erweiterung	25
1.2.2 Vermögenssicherung durch Familien-Finanzplanung	26
1.3 Familienstiftung als Instrument der Vermögensnachfolge	29
1.3.1 Allgemeine Grundlagen und neue steuerliche Rahmenbedingungen . .	29
1.3.2 Stiftungsmotive	30
1.3.2.1 Genealogische Gründe	30
1.3.2.2 Unternehmenspolitische Gründe	31
1.3.3 Begriff der Stiftung	31
1.3.4 Rechtsquellen	31
1.3.5 Stiftungen des bürgerlichen Rechts	32
1.3.5.1 Entstehung	32
1.3.5.2 Stiftungsgeschäft	32
1.3.5.3 Entstehung einer Stiftung von Todes wegen	32
1.3.5.4 Alternativen	33
1.3.5.5 Besonderheiten	34
1.3.6 Gründung einer gemeinnützigen Stiftung	36
1.3.7 Rechtliche und steuerliche Beratung	36
1.3.8 Zusammenfassung	36
1.4 Anlagestrategien in unsicheren Börsenzeiten	36
1.4.1 Marktveränderungen bedingen Neuorientierung	37

1.4.2	Rückbesinnung auf die traditionelle Aktienbewertung	37
1.4.3	Sicherheit bei langfristigen Aktienengagements	40
1.4.4	Einzelrisiko durch Streuung verringern	41
1.4.5	Aktives Anlagemanagement ist gefragt	41
1.4.6	Mit Stopp-Loss-Marken Kursverluste begrenzen und Gewinne sichern	41
1.4.7	Niedrigzinsanleihen zur Senkung der Steuerlast	42
1.4.8	Nullkuponanleihen zur Verschiebung der Erträge in die Zukunft	42
1.4.9	Fiktive Quellensteuer	42
1.4.10	Mehr Ertrag mit Wandelanleihen	43
1.4.11	Geldmarktanlagen ohne Kursschwankungen	43
1.5	Die private Altersvorsorge	43
1.5.1	Der erste Schritt: die Bestandsaufnahme	44
1.5.2	Der zweite Schritt: die Erkenntnisse	46
1.5.3	Der dritte Schritt: die Ziele	47
1.5.4	Der vierte Schritt: die Umsetzung	47
1.5.5	Der fünfte Schritt: die Sicherstellung der Ziele	50
1.6	Staatliche Förderung mitnehmen	51
1.7	Anlageberatung und Beratungshaftung	52
1.7.1	Beratungshaftung nach der allgemeinen Rechtsprechung	52
1.7.2	Beratungshaftung nach der BGH-Rechtsprechung	53
1.7.3	Prospekthaftung	54
1.7.4	Kapitalanlagebetrug	54
1.7.5	Regelungen zum Anlegeschutz und zur Transparenz	55
1.8	Im Griff des Fiskus – Ende der finanziellen Privatsphäre?	57
1.9	Zwischenstaatliche Auskünfte der Steuerbehörden	57
2	Kurz- und mittelfristige Anlagen am Geldmarkt	59
2.1	Anlage auf Konten	62
2.1.1	Sichteinlagen	64
2.1.2	Tagesgeldeinlagen	66
2.1.3	Termineinlagen	66
2.1.4	Spareinlagen und Sondersparformen	67
2.1.5	Staatliche Förderung der Vermögensbildung und Vermögensbeteiligung	70
2.1.5.1	Förderung nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz	70
2.1.5.2	Förderung nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz	71
2.1.5.3	Vermögensbeteiligungen von Arbeitnehmern	73
2.1.5.4	Weitere Formen von Vermögensbeteiligungen	73
2.1.5.4.1	Direkte Beteiligungen	75
2.1.5.4.2	Indirekte Beteiligungen	77
2.2	Einlagensicherung in Deutschland	77
2.2.1	Einlagensicherung bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen	77
2.2.2	Grundsicherung bei privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Instituten	79
2.2.3	Zusätzlicher Schutz bei Mitgliedsinstituten in einer Einlagensicherungseinrichtung	79
2.2.4	Darauf sollten Anleger achten	80
2.3	Sparbriefe	80
2.4	Bausparen	83

3	Anlagen am Kapitalmarkt	91
3.1	Aktieninvestments	91
3.1.1	Besteuerung von Aktienerträgen	92
3.1.2	Bezugsrechtsausübung bei Kapitalerhöhung	96
3.1.3	Kosten beim Kauf und Verkauf inländischer Aktien	97
3.2	Aktienanleihen	97
3.3	Bundeswertpapiere	98
3.4	Sonstige Rentenpapiere	106
3.5	Schuldverschreibungen mit Sonderrechten	115
3.5.1	Wandelanleihen	115
3.5.2	Optionsanleihen	116
3.5.3	Optionsscheine	119
3.5.3.1	Klassische Optionsscheine	119
3.5.3.2	Optionsscheinvarianten	122
3.5.4	Anlagezertifikate	124
3.5.5	Gewinnschuldverschreibungen	126
3.6	Genussscheine	126
3.7	Anlageinnovationen	128
3.8	Rating als Bonitätskriterium	136
3.9	EU-Zinsrichtlinie: Meldungen von Zinszahlungen an private Anleger	138
4	Investitionen in Immobilien	139
4.1	Grundsätzliche Überlegungen beim Immobilienerwerb	140
4.1.1	Immobilien im Erbbaurecht	141
4.1.2	Förderung durch die KfW Förderbank und regionale öffentliche Förderung	142
4.1.2.1	Förderung durch die KfW Förderbank	142
4.1.2.2	Regionale Förderung durch einzelne Bundesländer und Gemeinden	143
4.2	Förderung für Eigennutzer	143
4.2.1	Verbliebene Vergünstigungen für Eigennutzer	144
4.2.2	Finanzierung von eigengenutzten Immobilien	145
4.2.2.1	Kosten- und Finanzierungsplan	145
4.2.2.2	Berechnung des monatlichen Finanzierungsaufwands	152
4.2.2.3	Optimierung der Eigenheimfinanzierung	152
4.3	Steuervorteile für Vermieter	159
4.3.1	Steuervorteile vor der Vermietung	159
4.3.2	Steuervorteile ab Bezug	161
4.3.3	Steuerabzug bei Bauleistungen („Bauabzugsteuer“)	169
4.3.4	Finanzierung von vermieteten Immobilien	170
4.3.4.1	Finanzierung über eine Kapitallebensversicherung	171
4.3.4.2	Widerruf von Kreditverträgen	172
4.4	Steuerliche Behandlung von Zwei- und Mehrfamilienhäusern bei teilweiser Eigennutzung	173
4.4.1	Förderung vor und ab Bezug	174
4.4.2	Finanzierung von Zwei- und Mehrfamilienhäusern bei teilweiser Eigennutzung	174
4.4.3	Spezielle Gemischnutzung: Arbeitszimmer	175
4.5	Steuerliche Behandlung von Ferienwohnungen	176
4.5.1	Ferienwohnungen mit ausschließlicher Vermietung	176
4.5.2	Regelung bei zeitweiser Vermietung und zeitweiser Eigennutzung	176

4.5.2.1	Ermittlung des Totalüberschusses	177
4.5.2.2	Zuordnung von Leerstandszeiten	177
4.5.2.3	Schätzung der Einnahmen und Werbungskosten	177
4.6	Immobilieninvestments im Ausland	178
4.6.1	Privater Immobilienerwerb im europäischen Ausland	179
4.6.1.1	Immobilienwerb in Spanien	180
4.6.1.2	Immobilienwerb in Italien	182
4.6.1.3	Immobilienwerb in Frankreich	184
4.6.1.4	Immobilienwerb in Österreich	185
4.6.1.5	Immobilienwerb in Griechenland	185
4.6.1.6	Immobilien in den neuen EU-Mitgliedstaaten	186
4.6.1.7	Checkliste zur Immobilienfinanzierung und nützliche Adressen	187
4.7	Immobilien als Altersvorsorge	188
4.8	Sonderthema: REITs und Steuern	192
4.8.1	Die lange Geburt	192
4.8.2	Was sind REITs?	192
4.8.3	Unternehmensgegenstand der REIT-AG	192
4.8.4	REIT-Dienstleistungsgesellschaft	193
4.8.5	Aktienrechtliche Regelungen	193
4.8.6	Ausschüttungsverhalten	193
4.8.7	Streubesitz- und Höchstbeteiligungsklausel	193
4.8.8	Weitere Anforderungen an die REIT-AGs	194
4.8.9	Steuerliche Regelungen auf der Ebene der REIT-AG	194
4.8.10	Besteuerung auf der Ebene der Anteilseigner	195
4.8.11	Zusammenfassung: Das Wichtigste zu REITs in Stichworten	195
5	Anlagen in Investmentfonds	197
5.1	Die Anlagemöglichkeiten in Investmentfonds	200
5.2	Steuerliche Gesichtspunkte	205
5.3	Wohlverhaltensregeln des BVI	212
5.4	Wertermittlung und Kostentransparenz	213
5.4.1	Wertermittlung des Fondsergebnisses	213
5.4.2	Kostentransparenz und Gesamtkosten	214
5.5	Offene Immobilienfonds	216
5.6	Börsengehandelte Indexfonds (Exchange Traded Funds – ETFs)	217
5.7	Hedgefonds	218
6	Versicherungen und deren steuerliche Betrachtung	219
6.1	Abzugsfähigkeit von Versicherungsbeiträgen	221
6.2	Private Lebensversicherungen	222
6.3	Die Direktversicherung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung	227
6.4	Die fondsgebundene Lebensversicherung	228
7	Termingeschäfte: Optionen, Futures und Co.	231
7.1	Optionen	232
7.1.1	Preisbestimmung und Preiseinflussfaktoren	232
7.1.2	Chancen- und Risikoprofil	234
7.1.3	Einsatz von Optionen	235
7.2	Futures	237

7.2.1	Preisbestimmung und Preiseinflussfaktoren	237
7.2.2	Chancen- und Risikoprofil	238
7.2.3	Einsatz von Futures	238
7.3	Termingeschäfte an der EUREX	239
7.3.1	Strukturelemente	241
7.3.2	Die wichtigsten Produkte	242
7.3.2.1	Aktienprodukte	242
7.3.2.2	Fonds-Produkte	243
7.3.2.3	Indexprodukte	244
7.3.2.4	Geldmarktprodukte	245
7.3.2.5	Kapitalmarktprodukte	246
7.3.2.6	Volatiliäts-Futures	246
7.3.2.7	Kombinierte Produkte	246
7.3.3	Handelszeiten und letzte Handelstage	247
7.3.4	Abrechnungswährungen	248
7.3.5	EUREX-Margin-System	248
7.3.6	Wie der Privatanleger EUREX-Produkte nutzen kann	249
7.3.6.1	Differenzierung der Geschäfte	249
7.3.6.2	Einsatzmöglichkeiten der EUREX-Produkte	250
7.3.6.3	Ablauf einer Orderverarbeitung	252
7.4	Die wichtigsten Börsenindizes der Deutsche Börse AG	253
7.4.1	Rentenindizes	255
7.4.2	Aktienindizes	255
7.5	Steuerliche Behandlung von Termingeschäften	257
7.5.1	Begriff des Termingeschäfts	257
7.5.2	Begriff Optionsgeschäfte	258
7.5.2.1	Inhalt des Optionsgeschäfts	258
7.5.2.2	Besonderheiten bei Optionsscheinen	259
7.6	Begriffe und Abkürzungen	260
8	Steuergrundwissen für Kapitalanleger	263
8.1	Einkommensteuer	265
8.1.1	Auswahl der Steuervergünstigungen, Freibeträge und Pauschbeträge	266
8.1.2	Besteuerung der Kapitalerträge	270
8.1.2.1	Zinsabschlag auf Kapitaleinkünfte	272
8.1.2.2	Schuldzinsenabzug für Kredite zum Wertpapierkauf	276
8.1.2.3	Nichtveranlagungs-Bescheinigung und Freistellungsauftrag	278
8.1.2.4	Besteuerung innovativer Finanzprodukte	282
8.1.3	Steuergrundwissen anhand von Übersichten	282
8.1.3.1	Steuern im privaten Bereich	282
8.1.3.2	Persönliche Steuerpflicht	283
8.1.3.2.1	Besondere Vorschriften für Ausländer und Gebietsfremde	284
8.1.3.3	Einnahmen	285
8.1.3.4	Persönliche Steuerbelastung und Steuertarif	287
8.1.3.5	Die „Reichensteuer“	296
8.1.3.6	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	297
8.1.3.7	Solidaritätszuschlag	300
8.1.3.8	Sonderausgaben, Vorsorgepauschale und Vorsorgeaufwendungen – Regelung seit 2005	301

8.1.3.9	Kinder im Sinne der Einkommensteuer	305
8.1.3.9	Außergewöhnliche Belastungen	306
8.2	Körperschaftsteuer für Anleger	308
8.2.1	Anrechnungsverfahren	308
8.2.2	Halbeinkünfteverfahren	308
8.2.2.1	Grundlagen	308
8.2.2.2	Anwendung bei Einkünften aus privaten Veräußerungsgeschäften . . .	309
8.2.2.3	Werbungskosten in Bezug auf das Halbeinkünfteverfahren	309
8.3	Ausländische Quellensteuern	310
8.4	Erbschaft- und Schenkungsteuer	310
8.4.1	Schenkung unter Lebenden	328
8.4.3	Behandlung bei Kontenumschreibung von Einzelkonten auf Gemeinschaftskonten	333
8.4.4	Behandlung des Zugewinnausgleichs	334
8.4.5	Unbedenklichkeitsbescheinigung bei Nachlässen	334
8.5	Vermögensteuer	336
8.6	Grunderwerbsteuer	336
8.7	Grundsteuer	337
8.8	Umsatzsteuer	340
8.9	Geldwäschegesetz	345
8.10	Bankgeheimnis und Bankauskunft	346
8.10.1	Kontenabrufverfahren	352
8.11	Straf- und Bußgeldvorschriften	355
8.11.1	Selbstanzeige und Berichtigung von Erklärungen	355
8.11.2	Verfahren wegen Steuerhinterziehung	356
8.11.3	Haftung bei Steuerhinterziehung des Erblassers	358
8.11.4	Steuerfahndung	358
8.12	Die wichtigsten steuerlichen Fachbegriffe	359
8.13	Rechtsbehelf und Auskünfte bei Steuerfragen	375
8.14	Die einkommensteuerrechtliche Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen	380
8.14.1	Die 1. Schicht: Basisversorgung	330
8.14.1.1	Sonstige Vorsorgeaufwendungen	383
8.14.1.2	Günstigerprüfung	384
8.14.1.3	Zusätzlicher Sonderausgabenabzug	388
8.14.1.4	Besteuerung der Renten aus der Basisversorgung	389
8.14.1.5	Besteuerung von Beamtenpensionen und Betriebsrenten	392
8.14.1.6	Rentenbezugsmitteilungen	394
8.14.1.7	Ertragsanteilsbesteuerung seit 2005	394
8.14.1.8	Rentenbezug im Ausland	395
8.14.2	Die 2. Schicht: kapitalgedeckte Zusatzversorgung	395
8.14.2.1	Altersvorsorge mit der „Riester-Rente“	395
8.14.2.1.1	Die Neuerungen seit 1.1.2005	396
8.14.2.1.2	Die Förderung im Einzelnen	398
8.14.2.2	Sonderthemen im Zusammenhang mit der Riester-Rente: „Vererbung“ und „Ausland“	403
8.14.2.2.1	Vererbung	403
8.14.2.2.2	Ausland	405
8.14.2.3	Und so gehen Sie vor: die Prüfpunkte	408
8.14.2.4	Betriebliche Altersversorgung	409

8.14.2.4.1	Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 63 EStG	409
8.14.2.4.2	Steuerfreiheit nach § 3 Nr. 56 EStG	410
8.14.2.4.3	Pauschalbesteuerung	411
8.14.2.4.4	Mitnahmemöglichkeit (Portabilität)	411
8.14.2.4.5	Schließung von Versorgungslücken	414
8.14.2.4.6	Auskunftsanspruch	414
8.14.2.4.7	Abfindung	414
8.14.2.4.8	Renten Anpassung	414
8.14.3	Die 3. Schicht: Kapitalanlageprodukte	415
8.14.3.1	Kapitallebensversicherung	415
8.14.3.2	Fondsgebundene Lebensversicherungen	416
8.14.4	Fazit	417
8.15	Ausweitung der Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen und von Handwerkerleistungen in Privathaushalten	417
8.16	Sonderthema: Was haben Privatanleger von der Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne zu erwarten? . . .	418
9	Möglichkeiten zur Senkung der persönlichen Steuerschuld	423
9.1	Steuerliche Behandlung von Verlustzuweisungs- und Steuersparmodellen	425
9.1.1	Objekte im Bereich der privaten Vermögensanlage	428
9.1.1.1	Erwerbermodelle	430
9.1.1.2	Bauherrenmodelle	430
9.1.1.3	Bauträgermodelle	430
9.1.1.4	Sanierungs- und Modernisierungsmodelle	431
9.1.1.5	Geschlossene Immobilienfonds	431
9.1.2	Gewerbliche Beteiligungen	437
9.1.2.1	Beteiligungen an Schiffsfonds	439
9.1.2.2	Beteiligungen an Film- und Fernsehfonds sowie Gamefonds	441
9.1.2.3	Beteiligungen an Erneuerbare-Energie-Fonds	441
9.1.2.4	Geschlossene Leasingfonds	441
9.1.2.4.1	Immobilien-Leasing-Fonds	443
9.1.2.4.2	Mobilien-Leasing-Fonds	444
9.2	Mit Kindern Steuern sparen	445
9.2.1	Übertragung von Wertpapieren	447
9.2.2	Zinslose Darlehen an Kinder	448
9.2.3	Steuern sparen durch Nießbrauch	448
9.2.4	Wertpapierpensionsgeschäft	449
9.2.5	Abschluss einer Lebensversicherung	450
9.2.6	Übertragung eines Wertpapierdepots	450
9.2.7	Übertragung eines Grundstücks in Form eines Verschaffungs- vermächtnisses	451
9.3	Niedrigverzinsliche Wertpapiere	451
9.4	Zeitliche Zurechnung der Zinserträge	452
9.5	Ausschöpfen der Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften . . .	453
9.6	Arbeitnehmerabfindung und Steuern	453
9.7	Treuhandgestaltungen und Erbschaftsteuer – Handlungsbedarf bei Übertragung treuhänderisch gehaltener Vermögensgegenstände . . .	455

10	Checklisten für Ihre Finanzplanung	457
10.1	Der persönliche Vermögensstatus	457
10.2	Wichtige Steuertermine	460
10.3	Steuer-An- und Voranmeldung per Fax	461
10.4	Fälligkeiten festverzinslicher Wertpapiere und Zinsvorschau	461
10.5	Depotverwaltung für Aktien	463
10.6	Finanzpartner und Steuerunterlagen	465
11	Zum genauen (Nach-)Rechnen: Zinsformeln und Effektivverzinsung	467
11.1	Die wichtigsten allgemeinen Zinsformeln	468
11.2	Effektivverzinsung von festverzinslichen Wertpapieren	469
11.2.1	Effektivverzinsung	469
11.2.2	Rendite unter Berücksichtigung von Steuern	472
11.2.3	Formelsammlung	472
11.2.4	Rechenbeispiele einer „Musteranleihe“	475
11.2.4.1	Rendite nach Braeß/Fangmeyer	475
11.2.4.2	Rendite nach Moosmüller	476
11.2.4.3	Rendite nach ISMA	476
11.2.4.4	Zusammenfassung	477
	Stichwortverzeichnis	479

Abkürzungsverzeichnis

A	Abschnitt
Abk.	Abkürzung
ABL.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AfA	Absetzung für Abnutzung („Abschreibung“)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIG	Auslandsinvestitionsgesetz
AktG	Aktiengesetz
AltEinkG	Alterseinkünftegesetz
AltZertG	Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz
AnSVG	Anlegerschutzverbesserungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AS	Altersvorsorge-Sondervermögen
AStG	Außensteuergesetz
AUS	Ausländische Kapitalerträge (Anlage zur Einkommensteuererklärung)
AVmG	Altersvermögensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
bAV	betriebliche Altersversorgung
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BdB	Bundesverband deutscher Banken
Bearb.	Bearbeiter
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
BewDV	Bewertungs-Durchführungsverordnung
BewG	Bewertungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFH-EntlG	Gesetz zur Entlastung des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMF (BdF)	Bundesminister für Finanzen/Bundesministerium für Finanzen
BörsG	Börsengesetz
BR	Bundesrat
BStBl	Bundessteuerblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVI	Bundesverband Investment und Asset Management
BVR	Bundesverband Volks- und Raiffeisenbanken
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern
ca.	circa
CCP	Central Counterparty (zentraler Kontrahent)
CHF	Schweizer Franken

XX Abkürzungsverzeichnis

D.J.	DowJones (Aktienindex)
DAX	Deutscher Aktienindex
DBA	Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Doppelbesteuerungsabkommen)
DM	Deutsche Mark
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGAHiH	EG-Amtshilfe in öffentlichen Gerichtsverhandlungen oder bei der öffentlichen Verkündung von Urteilen
ErbStG	Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz
ErbstR	Erbschaftsteuer Richtlinien
ESTDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
ESTG	Einkommensteuergesetz
ESTr	Einkommensteuer-Richtlinien
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
€	Euro
EUREX	European Exchange (deutsch-schweizerische Finanztermin- kontraktbörse)
Euribor	European Interbank Offered Rate (europäischer Geldmarkt- Referenzzins)
EWS	Europäisches Währungssystem
EWU	Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
f.	(und) folgender (Paragraf)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	(und) fortfolgende (Paragrafen)
FIU	Financial Intelligence Unit
FördG	Gesetz über Sonderabschreibungen und Abzugsbeträge im Fördergebiet (Fördergebietsgesetz)
FRN	Floating Rate Notes (variabel verzinsliche Anleihen)
FWB	Frankfurter Wertpapierbörse
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft
GrEstG	Grunderwerbsteuergesetz
H	Hinweis (im Handbuch; Beispiel: Erbschaftsteuer Handbuch)
Hj.	Halbjahr
Hrsg.	Herausgeber
HVPI	harmonisierter Verbraucherpreisindex
i.d.F.	in der Fassung
IdW	Institut der Wirtschaftsprüfer
i.H.v.	in Höhe von
InvG	Investmentgesetz
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit

InvZulG	Investitionszulagengesetz
ISIN	International Security Identification Number
KAP	Einkünfte aus Kapitalvermögen und Anrechnung von Steuern (Anlage zur Einkommensteuererklärung)
KESst	Kapitalertragsteuer
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KGV	Kurs-Gewinn-Verhältnis
KiSt	Kirchensteuer
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Libor	London Interbank Offered Rate
LIFFE	London International Financial Futures Exchange
Lj.	Lebensjahr
LRG-Satz	Zinssatz der EZB für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
LStDV	Lohnsteuer-Durchführungs-Verordnung
LStR	Lohnsteuer-Richtlinien
LV	Lebensversicherung
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive (EU-Finanzmarktrichtlinie)
MRd.	Milliarden
MwSt	Mehrwertsteuer
n.F.	neue Fassung
n.J.	nächsten Jahres
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NV	Nichtveranlagung (zur Einkommensteuer)
NV-Bescheinigung	Nichtveranlagungs-Bescheinigung
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OECD-MA	OECD-Musterabkommen
OFD	Oberfinanzdirektion
OLG	Oberlandesgericht
OWIG	Ordnungswidrigkeitsgesetz
p.a.	per annum (= pro Jahr)
PAngV	Preisangabenverordnung
PER	Price-Earnings-Ratio (Kurs-Gewinn-Verhältnis)
R	Richtlinie
RdNr.	Randnummer
REIT	Real Estate Investment Trust
REIT-AG	Aktiengesellschaft mit der Beschränkung des Unternehmensgegenstandes auf immobiliennahe Tätigkeiten
REITG	Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsenorientierten Anteilen
REITGesetz	Siehe REITG

XXII Abkürzungsverzeichnis

Rz.	Randziffer (der Einkommensteuer-Richtlinien und der Lohnsteuer-Richtlinien)
RFH	Reichsfinanzhof
S	Bundes- und Landessteuern (betreffend) – bei BMF-Schreiben
S.	Seite
SFRJ	Sozialistische Förderative Republik Jugoslawien
SGB	Sozialgesetzbuch
SO	Sonstige Einkünfte (Anlage zur Einkommensteuererklärung)
SolZ	Solidaritätszuschlag
StGB	Strafgesetzbuch
StMBG	Missbrauchsbekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz
STOXX	Stock Exchange Index
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StPO	Strafprozessordnung
StSenkErgG	Steuersenkungsergänzungsgesetz
StSenkG	Steuersenkungsgesetz
StVergAbG	Steuervergünstigungsabbaugesetz
SvEV	Sozialversicherungsentgelt-Verordnung
TER	Total Expense Ratio; Gesamtkostenquote (bei Investmentfonds)
TEUR	Euro (in Tausend)
Tz.	Textziffer (in BMF-Schreiben)
u.a.	und andere
UBGG	Gesetz über Unternehmens-Beteiligungsgesellschaften
UStG	Umsatzsteuergesetz
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
VermBG	Vermögensbildungsgesetz
VGF	Verband Geschlossener Investmentfonds
VL	vermögenswirksame Leistung
VStG	Vermögensteuergesetz
WiKG	Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WKN	Wertpapierkennnummer
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
WoPG	Wohnungsbau-Prämiengesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WWU	(Europäische) Wirtschafts- und Währungsunion
XETRA	Exchange Electronic Trading (= elektronische Börsenhandels-plattform)
ZfA	Zentrale Stelle für Antragsprüfung von „Riester“-Produkten
ZPO	Zivilprozessordnung

1. Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung

„Reich ist man nicht durch das, was man besitzt, sondern durch das, was man mit Würde zu entbehren weiß, und es könnte sein, dass die Menschheit reicher würde, indem sie ärmer wird, und gewinnt, indem sie verliert.“

Immanuel Kant

1.1 Was vor der Anlageentscheidung wichtig ist

Was hilft es, wenn die erzielten Erträge nicht „in die Scheune gefahren“, sondern beim Finanzamt abgeliefert werden, oder wenn im Erbfall die verbliebene Substanz auch noch „fehl- oder weggesteuert“ wird?

1.1.1 Das magische Viereck der Kapitalanlage

Deshalb werden die verschiedenen Anlagemöglichkeiten und deren jeweilige Merkmale, besonders unter steuerlichen Gesichtspunkten, untersucht und dargestellt.

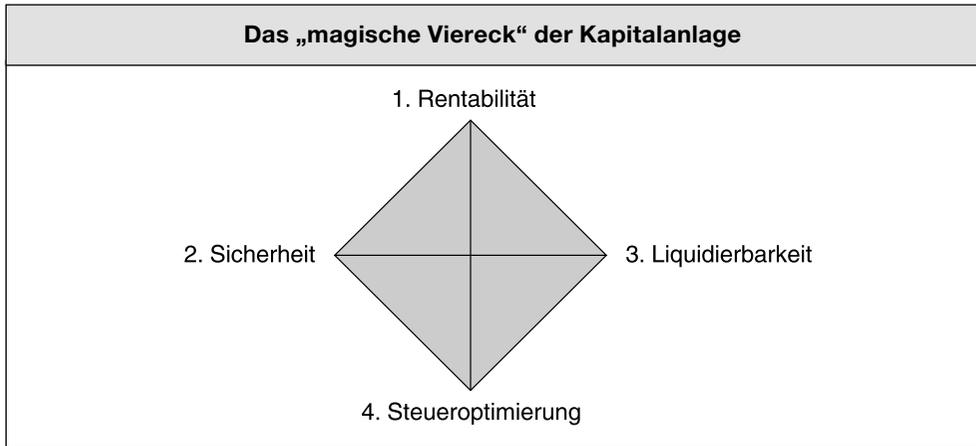
Als **Formen der Kapitalanlage** unterscheidet man allgemein Geldwertanlagen und Sachwertanlagen. **Geldwertanlagen** geben dem Anleger Anspruch auf Zahlung eines bestimmten Betrags zu einem meist im Voraus festgelegten Termin. Sie werden von Kaufkraftveränderungen beeinflusst, bieten feste oder kalkulierbare Erträge und sind meist liquider als Sachwerte. Geldwertanlagen stehen beispielsweise in Form von Sparguthaben, Tagesgeldguthaben, Festgeldern, Sparbriefen, Geldmarktfonds und verzinslichen Wertpapieren zur Verfügung.

Bei **Sachwertanlagen** steht der Sachwert und damit die Substanzwerterhaltung im Vordergrund. Die Rendite liegt im Allgemeinen im Voraus nicht fest. Der ausgeschüttete Ertrag ist häufig geringer als bei Geldwertanlagen. Andererseits bieten sie Wachstumschancen und steueroptimierten oder gar steuerfreien Wertzuwachs, zum Beispiel bei Aktien. Ein weiterer Gesichtspunkt ist der Wert- oder Substanzerhalt, beispielsweise bei Immobilien. Doch bergen die größeren Chancen auch größere Risiken. Der Wert der Anlage unterliegt dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Auch wirtschaftliche, politische und andere Unsicherheiten können Kursverluste oder Wertminderungen verursachen.

Sachwertanlagen sind beispielsweise Aktien, Aktien- und Immobilienzertifikate, Grundstücke und Gebäude sowie gewerbliche Beteiligungen.

Dabei gilt der Grundsatz: Je längerfristig eine Anlage geplant ist und je größer das Gesamtvermögen, desto wichtiger ist die Betonung des Sachwertanteils im Gesamtportfolio.

Die allgemeinen **Ziele der Kapitalanlage** sind: Rentabilität, Sicherheit, Liquidierbarkeit und Steueroptimierung. Sie lassen sich als „magisches Viereck“ zusammenfassen. Alle Ziele stehen in Beziehung zueinander. Dabei sollte der Anleger die Rangfolge selbst bestimmen.



• Das erste Kriterium ist die Rentabilität

Die Rentabilität ist der Gradmesser für den finanziellen Erfolg einer Kapitalanlage. Der Erfolg ergibt sich aus dem Verhältnis des erzielten Gewinns zum eingesetzten Kapital unter Berücksichtigung der Kosten und der Besteuerung der jeweiligen Anlageergebnisse. Als Erträge kommen in Frage:

- laufende Erträge, beispielsweise Zinsen aus Wertpapieren,
- laufende variable Erträge, beispielsweise Sparzinsen oder Dividenden,
- Kurs- oder Veräußerungsgewinne und
- staatliche Zuwendungen wie Zulagen oder Steuergutschriften.

Die Erträge sind mit Ausnahme der staatlichen Zuwendungen grundsätzlich steuerpflichtig. Kursgewinne sind unter bestimmten Umständen steuerfrei.

Die Rentabilität einer Aktienanlage ergibt sich beispielsweise aus der Summe der Dividendenzahlungen und der Kursgewinne im Verhältnis zum eingesetzten Kapital, abzüglich der Kosten für den An- und Verkauf in Höhe von etwa 2,5 bis 3 Prozent, der Depotkosten und der Verwaltungskosten. Außerdem sind die Steuern zu berücksichtigen.

Für die Ermittlung der Rentabilität von festverzinslichen Wertpapieren wird die Effektivverzinsung herangezogen. Sie wird bestimmt vom Erwerbskurs, den Erwerbskosten, dem Zinsertrag, den Zinsterminen, dem Agio oder Disagio bei der Rückzahlung, der Laufzeit und der Art der Tilgung.

● Geldanlage-Service auf www.gabler-steuern.de

Weitere Informationen und individuelle Berechnungsmöglichkeiten, auch unter steuerlichen Gesichtspunkten, finden Sie auf www.gabler-steuern.de unter den Menüpunkten 1.2.1 Geldanlagen und 1.3 Einkommensteuer.

Für den Anleger ist besonders die Rendite nach Steuern interessant. So kann für Renditevergleiche mit alternativen Anlagen aus der Rendite nach Steuern durch Hochrechnen über den individuellen Steuersatz die Rendite „vor Steuern“ ermittelt werden.

Um bei langfristigen Vermögensanlagen eine angemessene inflationsgeschützte Rendite zu erzielen, ist eine Anlage entsprechend in Sachwerten wie Aktien oder Immobilien als Direktanlage oder durch den Kauf von Investmentanteilen vorzunehmen.

- **Das zweite Kriterium ist die Sicherheit**

Als Beurteilungskriterium für die Sicherheit der Anlage gilt, ob und wie die Erhaltung des Anlagebetrags und seiner Rückzahlung gewährleistet ist. Die Sicherheit der Anlage ist im Zusammenhang mit den **Risiken** zu sehen. Unter Risiko versteht man Nachteile, Verluste oder Schäden, die mit der Anlage verbunden sind, beispielsweise

- Liquiditätsrisiko,
- Ausfallrisiko,
- Zinsänderungs- und Ertragsrisiko,
- Kursrisiko,
- Länderrisiko,
- Währungsrisiko,
- Geldwert- und Kaufkraftrisiko,
- Steueränderungsrisiko,
- Rückzahlungsrisiko,
- Substanzrisiko und
- allgemeine Marktrisiken.

Grundsätzlich hat neben der Rentabilität die Sicherheit der Anlage im Vordergrund zu stehen. Das Geld sollte deshalb nur Institutionen und Personen anvertraut werden, deren längerfristige Bonität und Seriosität als erstklassig gilt.

Im Hinblick auf Rendite und Risiko sind bei einer Anlagedauer von mehr als zehn Jahren Sachwertanlagen wie Aktien, Immobilien oder Beteiligungen entsprechend höher zu gewichten.

- **Das dritte Kriterium im „magischen Viereck“ ist die Liquidierbarkeit**

Unter Liquidierbarkeit, auch als Liquidität bezeichnet, versteht man die Umwandlung oder Umwandlungsmöglichkeit der jeweiligen Anlage in Bargeld. Wenn im Voraus der Zeitpunkt feststeht, an dem der angelegte Betrag benötigt wird, ist die Anlagedauer darauf abzustimmen. Unvorhergesehene Ereignisse erfordern unter Umständen eine unverzügliche Umwandlung in Bargeld. In dieser Situation ist eine Renditeeinbuße möglich. Deshalb sollte ein Teil des Gesamtvermögens liquide gehalten werden, in Form von Sicht- oder Termineinlagen sowie in Geldmarktfonds. Siehe dazu auch Übersicht „Anlageformen, nach Liquiditätsstufen gestaffelt“.

- **Das vierte Kriterium: Steuern und steuerliche Aspekte**

Steuern und steuerliche Aspekte spielen bei der Kapitalanlage und Werterhaltung des Vermögens eine wichtige Rolle. Vorschriften der Abgabenordnung regeln beispielsweise Einzelheiten zur Kontoeröffnung oder des Bankgeheimnisses. In anderen Steuergesetzen wird die Besteuerung der Einkünfte und des Eigentums, des Erwerbs und der Übertragung von Vermögensteilen einschließlich der Schenkung unter Lebenden und des Erwerbs von Todes wegen geregelt.

Ziel ist deshalb – unter Berücksichtigung der Anlageziele Rendite und Sicherheit – eine möglichst hohe steuerliche Entlastung. Das kann beispielsweise geschehen durch systematisches Nutzen der Freibeträge und Freigrenzen, entsprechende Aufteilung des Vermögens, Vermögensübertragungen und optimale steuerliche Gestaltungen. Entscheidend

4 Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung

sind die Realwerterhaltung unter Berücksichtigung der Geldwertveränderung und der Nettoertrag nach Steuern.

Es ist nicht pauschal zu beantworten, welcher der vier Faktoren Rentabilität, Sicherheit, Liquidierbarkeit und Steuerminimierung im Einzelfall der wichtigste ist. Vielmehr kommt es auf die Ziele, Wünsche und die Risikobereitschaft des Anlegers und andere Kriterien an. Dabei ist das Chancen- und Risikopotenzial sorgfältig abzuwägen.

Die Ziele lassen sich nicht gleichmäßig oder gleichzeitig erreichen. Oft stehen sie sich sogar im Wege. Dadurch entsteht ein **Zielkonflikt**. Zwischen den Zielen besteht eine Wechselbeziehung. Gegenüber den Zielen Rentabilität und Liquidierbarkeit wirkt das Risiko als Regulativ und beeinflusst grundsätzlich auch die Konditionen: Je höher der Zins, desto höher das Risiko.

Wachstum, Kapitalvermehrung und Kursgewinne sind die Anlageziele der risikogeeigneten Anleger, die weniger Wert auf gleichmäßigen Ertrag legen. Der aggressivere Anleger geht auch bewusst größere Risiken ein.

Anlageformen, nach Liquiditätsstufen gestaffelt	
Liquiditätsstufe	Anlageform
1 (hohe Liquidität)	<ul style="list-style-type: none"> • Bargeld • Tagesgeldkonto • laufendes Konto (Kontokorrentkonto, Girokonto) • Termineinlagen (Festgeldanlagen) • Euribo/Libor- und Euro-Libor-Anleihen (kurzfristige zinsvariable Anleihen) • Spareinlagen mit Kündigungsfrist von drei Monaten • Bundesschatzbriefe • Geldmarktfonds
2	<ul style="list-style-type: none"> • Investmentfonds ohne oder mit niedrigem Ausgabeaufschlag • Aktien • Optionen • Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist 6 bis 24 Monate • festverzinsliche Wertpapiere
3	<ul style="list-style-type: none"> • offene Immobilienfonds • Edelmetalle • Sparbriefe • Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist 24 bis meist 48 Monate
4	<ul style="list-style-type: none"> • Kapitallebensversicherungen • unverbriefte Beteiligungen • Immobilien
5 (niedrige Liquidität)	<ul style="list-style-type: none"> • geschlossene Immobilienfonds • steuerbegünstigte längerfristige Anlagen • Antiquitäten und sonstige langfristige Wertanlagen

Der größte Teil der Anleger sucht jedoch kontinuierliches, mittel- bis langfristiges Kapitalwachstum. Ziel ist dabei, bei angemessenem Risiko die Rendite zu erhöhen und die jeweilige Marktchance zu nutzen.

Eine **Anlageentscheidung** sollte man nicht ohne Berücksichtigung der persönlichen und anlagebezogenen Kriterien treffen. Sie ist in ihrer Ausrichtung stets durch die persönliche Situation und durch die Vorstellungen und Ziele des Anlegers bestimmt. Jede Anlageart hat besondere Eigenschaften und eignet sich deshalb für das Erreichen des jeweiligen Anlageziels unterschiedlich gut.

Von einem bestimmten Anlagebetrag an empfiehlt es sich, verschiedene Anlageformen zu kombinieren. Je größer das Vermögen ist und je unterschiedlicher die Anlageziele sind, um so breiter soll das Vermögen gestreut sein. Die **Streuung** kann erfolgen nach Anlageart, Fristigkeit, Risikopotenzial, Region, Branche und Währung. Neben der Streuung nach Branchen ist die geografische Aufteilung zunehmend wichtig. Dabei sollten sowohl die Sicherheit (beispielsweise des Emittenten) als auch das Länder- und Währungsrisiko beachtet werden.

1.1.2 Zinsen und Rendite

Entscheidend für eine Geld- und Kapitalanlage ist, was nach einer bestimmten Anlagedauer real übrig bleibt. Bei Geldwertanlagen wird zunächst der **Nominalzins** angegeben. Das ist der genannte Zins, beispielsweise bei Wertpapieren. Bei einer Anlage spielt für den Ertrag als weiteres Kriterium die Preisänderungsrate, also Inflation oder Deflation, eine wichtige Rolle. Durch Berücksichtigung der Preisänderungsrate beim Nominalzins erhält man den **Realzins**. Dieser hatte im Jahr 2005 mit nur noch 1,1 Prozent den niedrigsten Wert in den letzten 80 Jahren erreicht (1925 nur 1,0 Prozent).

Euro-Information: Zinsen im Euroland

Durch die einheitliche Leitzinspolitik der Europäischen Zentralbank haben sich die Geldmarktzinsen seit 1999 zumindest in den Euroländern zunehmend angenähert und stabilisiert.

Im Gegensatz zum Zins ist die **Rendite** das Gesamtergebnis aus einer Kapitalanlage im Verhältnis zum eingesetzten Kapital über einen bestimmten Zeitraum einschließlich Zinsen, Kosten, Dividenden oder Kursveränderungen. **Bruttorendite** ist die Rendite vor Steuern, **Nettorendite** die Rendite nach Steuern.

Mit **Umlaufrendite** ist die Rendite der „umlaufenden“, also im Umlauf befindlichen Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten gemeint. Sie lag im Mai 2006 bei 3,9 Prozent.

Beispiel

Rendite mit „Minuswachstum“

Bei sechs Prozent Zinsertrag aus 100 000 € Anleihen und einem persönlichen Spitzensteuersatz in 2005 von 42 Prozent kann sich einschließlich Solidaritätszuschlag (5,5 Prozent) und einem Kirchensteuersatz von neun Prozent folgende Rechnung ergeben:

6 Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung

6 % Nominalzins	6000,00 €
– Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer (46,33% aus 6000 €)	2779,80 €
= 2,7798 % Nettorendite nominal	2779,80 €
– 2 % Inflationsrate	2000,00 €
= 0,7798 % Nettorendite real nach Einkommensteuer	<u>777,98 €</u>

Berücksichtigt man noch Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag und Spesen, kann die Rendite trotz sechs Prozent „Zinsen“ bei Null oder im Minus landen!

Anpassung der Preisindizes für die Lebenshaltung

Seit 1999 hat das Statistische Bundesamt den Preisindex für die Lebenshaltung erstmals auf der neuen Basis 1995 veröffentlicht. Derzeit liegen diesem Index noch die Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte aus dem Jahr 2000 zugrunde. Deutschland kehrte damit zum international abgestimmten Turnus zurück. Danach wird eine Neuberechnung in allen durch fünf teilbaren Jahren durchgeführt. Auf EU-Ebene besteht allerdings hinsichtlich einer einheitlichen Berechnungsmethodik in den Mitgliedsländern noch weiterhin Handlungsbedarf. Durch die Einführung des HVPI, des harmonisierten Verbraucherpreisindex innerhalb der EU, ist man diesem Ziel zwischenzeitlich näher gekommen.

Umlaufrendite, Preisänderungsrate, Realzins und Aktienrendite von 1900 bis Mai 2006*				
Jahr	Umlaufrendite ¹ festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Preisänderungsrate ²	Realzins von festver- zinslichen Wertpapieren ⁵	Aktien- rendite (Dividenden- rendite) ³
1900	3,7	1,3	2,4	5,5
1905	3,6	3,8	– 0,2	5,1
1910	3,8	2,2	1,6	5,0
1925	9,5	8,4	1,0	3,0
1930	7,2	– 3,8 ⁴	11,4	8,9
1935	5,1	1,6	3,4	3,9
1940	4,5	3,1	1,4	3,8
1955	6,1	1,6	4,4	3,1
1960	6,3	1,4	4,8	2,0
1965	6,8	3,3	3,4	3,9
1970	8,2	3,6	4,4	4,4
1973	9,5	6,9	2,4	3,7
1974	10,6	6,9	3,5	4,5
1975	8,7	5,9	2,6	3,5
1976	8,0	4,4	3,4	3,6
1977	6,4	3,6	2,7	4,1
1978	6,1	2,7	3,3	4,7
1979	7,6	4,2	3,3	5,4

Fortsetzung Umlaufrendite ...

1980	8,6	5,5	3,0	6,0
1981	10,6	6,3	4,0	5,8
1982	9,1	5,2	3,6	4,9
1983	8,0	3,3	4,5	3,3
1984	7,8	2,4	5,3	3,6
1985	6,9	2,0	4,6	2,5
1986	6,0	-0,1	6,2	2,7
1987	5,8	0,2	5,6	4,4
1988	6,0	1,3	4,7	3,5
1989	7,1	2,8	4,2	2,9
1990	8,9	2,7	6,0	3,8
1991	8,7	3,5	5,0	3,8
1992	8,1	5,1	2,9	4,0
1993	6,4	4,5	1,8	2,9
1994	6,7	2,7	3,9	3,3
1995	6,5	1,8	4,6	3,6
1996	5,6	1,4	4,1	2,5
1997	5,1	1,9	3,1	1,9
1998	4,5	1,0	3,5	2,0
1999	4,3	0,6	3,7	1,8
2000 ⁵	5,4	1,4	3,9	1,9
2001	4,8	2,0	2,4	2,0
2002	4,7	1,4	3,3	2,2
2003	3,7	1,1	2,6	2,1
2004	3,7	1,6	2,1	1,9
2005	3,1	2,0	1,1	2,5
2006	3,8	1,7	2,1	2,6
5/2007	4,4	1,9	2,5	2,7**

Quelle: Deutsche Bundesbank Monatsbericht Juni 2007, S. 51* und S. 66*

* Stand: Mai 2007 **DAX-Werte, geschätzt

- Umlaufrendite** = Rendite von im Umlauf befindlichen festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen inländischer Emittenten mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über vier Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als drei Jahre beträgt. Gradmesser der Entwicklung der Kapitalmarktzinsen; (Gegensatz: Emissionsrendite).
- Preisänderungsrate** ist die prozentuale Veränderung des Indexes gegenüber Vorjahr; bis 1913 Lebenshaltungskostenindex für Ernährung und Wohnung; von 1925 bis 1940 Reichsindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen; 1955 und 1960 Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen; 1965 bis 1985 Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Westdeutschland, Basis 1985 = 100); 1991 Deutschland West, Basis 100. Ab 1992 Deutschland (Ost und West); seit Januar 2002 auf der neuen Basis. Seit 2003 werden keine getrennten Verbraucherpreisindizes für das frühere Bundesgebiet und die Neuen Länder einschließlich Berlin-Ost mehr berechnet. Ebenfalls fallen auch alle Preisindizes für spezielle Haushaltstypen weg. Das bedeutet, dass zur Ermittlung der Veränderung der Verbraucherpreise seit 2003 nur der „Preisindex für die Lebensführung aller privaten Haushalte“ errechnet wird. Die jährliche Index-Veränderung in Prozent ergibt sich nach der Formel:

$$\frac{\text{neuer Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \times 100 - 100$$

- Aktienrendite** als Maßstab des Ertrags einer Aktienanlage, seit 1977 einschließlich Steuergutschrift. Die Zahlenangaben spiegeln die nominale Aktienrendite wider. Sie entspricht hier der Umlaufrendite und ist nicht direkt mit dem Realzins vergleichbar. Zum Vergleich mit dem Realzins wäre auch hier die Preisänderungsrate noch zu berücksichtigen. Die Zahlen sind Durchschnittswerte, die auf den tatsächlichen Bör-

8 Langfristige Vermögenssicherung durch strategische Finanzplanung

senkungen der erfassten Aktien zum jeweiligen Stichtag (Monats- oder Jahresende) und den zuletzt bekannten Dividenden basieren. Hieraus erklärt sich auch die zeitweise recht hohe Aktienrendite. In Phasen niedriger Börsenkurse ist naturgemäß bei gleichbleibender Dividende die Rendite entsprechend höher.

- 4 Eine **negative Preisänderungsrate** ist gleichbedeutend einer Geldwertsteigerung, also einer Deflationsrate.
- 5 Bei der Ermittlung des **Realzinses** wird häufig eine einfache Subtraktion von Nominalzins und Preissteigerungsrate vorgenommen. Das ist mathematisch nicht ganz korrekt. Unterstellt man nämlich eine Preissteigerungsrate von 100 Prozent, so würde bei dieser Methode ein Ertrag völlig aufgezehrt werden, in Wirklichkeit verliert er die Hälfte an Wert. Mathematisch exakt wird deshalb der Realzins nach folgender Formel errechnet:

$$1 + \frac{i}{100} = 1 + \frac{r}{100 + p}$$

(r = Realzins, i = Nominalzins, p = Preissteigerungsrate)

Beispiel zur Ermittlung für das Jahr 2002: (Basis 2000 = 100 Prozent). Für eine Anlage mussten im Vergleich zum Vergleichsjahr 2001 101,40 Euro eingesetzt werden. Dafür wurden 104,70 Euro Erlöst. Daraus ergibt sich eine Realverzinsung von 3,3 Prozent:

$$\frac{104,70}{101,40} \times 100 = 103,25 \text{ oder gerundet: } 103,3$$

1.1.2.1 Zinsen berechnen mit der Zinseszinstafel

Zinseszinstafel						
Anwachsen von 100 € durch Zins und Zinseszins						
Jahre	3 %	4 %	5 %	6 %	7 %	8 %
1	103,000	104,000	105,000	106,000	107,000	108,000
2	106,090	108,160	110,250	112,360	114,490	116,640
3	109,273	112,486	115,763	119,102	122,504	125,971
4	112,551	116,986	121,551	126,248	131,080	136,049
5	115,927	121,665	127,628	144,823	140,255	146,933
6	119,405	126,532	134,010	141,852	150,073	158,687
7	122,987	131,593	140,710	150,363	160,578	171,382
8	126,677	136,857	147,746	159,385	171,819	185,093
9	130,477	142,331	155,133	168,948	183,846	199,900
10	134,392	148,024	162,889	179,085	196,715	215,892

Beispiel

Auswirkungen des Zinseszins

Bei einem unveränderten effektiven Jahreszins von 7,18 Prozent verdoppelt sich das eingesetzte Kapital in zehn Jahren.

● **Geldanlage-Service auf www.gabler-steuern.de**

Weitere Informationen und individuelle Berechnungsmöglichkeiten finden Sie auf www.gabler-steuern.de unter dem Menüpunkt 1.2.1.1 Zinseszinsrechnung.

1.1.2.2 Kapitalaufbau mit einer Einmalanlage

Kapitalaufbau mit einer Einmalanlage				
Eine Einmalanlage von 10000 € ergibt bei einer Wertsteigerung von ... Prozent ein Guthaben von ... €				
Jahre	5 %	6 %	7 %	8 %
5	12763	13382	14026	14693
6	13401	14185	15007	15869
7	14071	15036	16058	17138
8	14775	15938	17182	18509
9	15513	16895	18385	19990
10	16289	17908	19672	21589
15	20789	23966	27590	31722
20	26633	32071	38697	46610
25	33864	42919	54274	68485

Beispiel**Einmalanlage**

Bei einer Anlage von 50000 Euro, einer Anlagedauer von zehn Jahren und einer angenommenen linearen Wertsteigerung von sechs Prozent pro Jahr beträgt das Guthaben $(17908 \text{ €} \times 5) = 89540 \text{ €}$.

1.1.2.3 Kapitalaufbau mit regelmäßiger monatlicher Anlage

Bei einer regelmäßigen monatlichen Anlage von 100 €, die jeweils vom 1. Januar an jährlich zu ... Prozent verzinst wird, beträgt der Endwert einschließlich Zins- und Zinsszins nach ... Jahren insgesamt ... € (gerundet).					
Jahre	insgesamt eingezahlte Beträge in €	Endkapital in € bei einem Zinssatz von ... %			
		5 %	6 %	7 %	8 %
5	6000	6810	6984	7163	7345
6	7200	8383	8642	8909	9185
7	8400	10035	10400	10779	11171
8	9600	11769	12263	12779	13317
9	10800	13590	14238	14919	15634
10	12000	15502	16331	17208	18137
15	18000	26596	28839	31298	33994
20	24000	40754	45577	51060	57294
25	30000	58824	67977	78777	91529

Beispiel

Regelmäßige monatliche Anlage

Bei einer Anlage von 100 € monatlich, einer Anlagedauer von zehn Jahren und einer angenommenen kontinuierlichen Verzinsung von sechs Prozent pro Jahr beträgt das Endguthaben (der Endbetrag) 16331 €. Werden bei sonst gleichen Annahmen 500 € monatlich angelegt, ergibt sich eine Summe von 81 655 €.

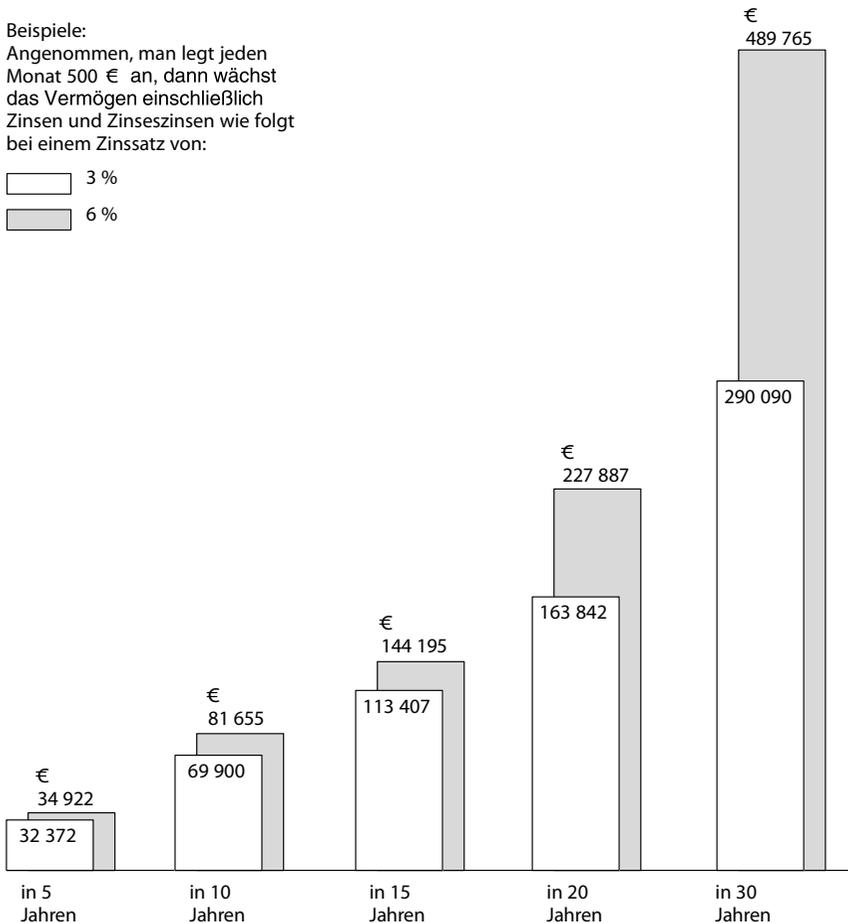
● Geldanlage-Service auf www.gabler-steuern.de

Weitere Informationen und individuelle Berechnungsmöglichkeiten finden Sie auf www.gabler-steuern.de unter den Menüpunkten 1.2.1.1.1 „Einmalige Anlage“ sowie 1.2.1.1.2 „Monatliche Anlage“.

Endkapital bei gleichbleibender monatlicher Sparrate (gerundet)

Beispiele:
Angenommen, man legt jeden Monat 500 € an, dann wächst das Vermögen einschließlich Zinsen und Zinseszinsen wie folgt bei einem Zinssatz von:

- 3 %
- 6 %



Beispiel**Berechnung der Jahresrate und des Endkapitals bei monatlicher Sparrate von 500 Euro und sechs Prozent Zins p.a.**

1. Schritt: Berechnung der Jahresrate

Es erfolgen zwölf vorschüssige Einzahlungen zu je 500 € jeweils zum 1. des Monats, die einfach bis zum Jahresende verzinst werden.

$$K_n = R \cdot \left(\frac{12}{q-1} + \frac{13}{2} \right) \cdot (q^n - 1)$$

$$R = 500 \text{ €}$$

$$p = 6$$

$$i = \frac{p}{100} = \frac{6}{100} = 0,06$$

$$q = 1 + i = 1,06$$

$$K_n = 500 \text{ €} \cdot \left(\frac{12}{1,06-1} + \frac{13}{2} \right) \cdot (1,06^1 - 1) = 500 \text{ €} \cdot \left(\frac{12}{0,06} + \frac{13}{2} \right) \cdot 0,06 = 6 195 \text{ €}$$

Die Formel unterstellt, dass die Zinszahlung nicht zum Ende des Kalenderjahres, sondern zum Ende des Laufzeitjahres erfolgt.

Beispiel: Beginn der Laufzeit: 1.1.2004 – erste Verzinsung zum 31.12.2004.

2. Schritt: Zinseszinsberechnung des Endkapitals (K_n) nach jahreskonformer Rate

$$K_{n,\text{Gesamt}} = K_n \cdot \frac{(1+i)^n - 1}{i}$$

$$K_{n,\text{Gesamt}} = 6 195 \cdot \frac{(1+0,06)^5 - 1}{0,06}$$

$$K_{n,\text{Gesamt}} = 34 921,79 \text{ € (im Beispiel Seite 12 gerundet)}$$

wobei p = Zinssatz je Periode

$$i = \frac{p}{100} = 0,06 \text{ Jahres-Zinssatz als Dezimalzahl}$$

n = Anzahl der Verzinsungsperioden (Zinsperioden).